

DIREKTORAT FÜR KADER UND QUALIFIZIERUNG (DKQ)

Zusätzlich zu den Aufgaben eines heutigen Personaldezernates war das DKQ zuständig für die Überprüfung und Bestätigung von Nomenklatur- sowie Reise- und Auslandskadern und stand in ständigem Kontakt mit der Staatssicherheit. Jeder „Kaderleiter“, wie der Direktor oder die Direktorin des DKQ genannt wurde, hatte eine wichtige Schlüsselposition für das MfS inne.



Foto: Dr. Ingrid Möller (rechts) im Präsidium einer Veranstaltung zur Auszeichnung von „Aktivisten der sozialistischen Arbeit“ am 06.10.1980 in der Mensa Südstadt.

Die langjährige Kaderleiterin, Frau Dr. oec. Ingrid Möller, bekleidete diese Funktion seit 1975. Ihre politische Zuverlässigkeit hatte sie schon vorher dadurch bewiesen, dass sie sich „auf der Basis der politischen Überzeugung“ zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit der Abteilung XV der BV Rostock des MfS schriftlich verpflichtet hatte. Als IME/IMS „Schlosser“ war sie für die Aufklärung verschiedener operativ interessanter Personen aus dem „Operationsgebiet“ zuständig gewesen. Bis 1976 war sie selbst als Reisekader im Operationsgebiet eingesetzt worden. Ihre MfS-Akte gelangte 1983 zur Ablage.

Abteilung XII Zentralarchiv	Operative Auskunft der Abt. XII – Streng geheim – <small>Auskunft über einen ehemaligen IM/GMS Nach Auswertung, spätestens nach 30 Tagen, Rückgabe an das Archiv. Bei Wiedererlangung der Verbindung kann die archivierte Akte übernommen werden.</small>
--------------------------------	--

Auskunft über/Kurzauskunft aus Archivmaterial
(Alle Angaben dieser Auskunft beziehen sich ausschließlich auf das Archivmaterial der angegebenen Archissignatur)

Archivsignatur MfS	AIM 14994/83	B	nicht gesperrt/ geheim
Ablegende Diensteinheit	HVA		
Werbung am	11.11.74	IM-Kategorie	IME
Deckname	"Schlosser"	Beendigung der Zusammenarbeit am	26.10.83

Name	Möller	Vorname	Ingrid
Geburtsname	Stridde	weitere Namen	
geb. am/PKZ	28.10.41	in	Stralsund
Staatsangehörigkeit	DDR		
Anschrift	2520 Rostock, Warnowallee 8		
Beruf/Tätigkeit	Diplomwirtschafter/Kaderleiter		
Arbeitsstelle	"Wilhelm-Pieck" Uni Rostock		
Parteien/Organisationen	SED, DSF, PDGB		

~~Werte~~

Die M. und ihr Ehemann wurden durch die BV Rostock/Abt. XV auf der Basis der politischen Überzeugung zur inoffiziellen Zusammenarbeit geworben und schriftlich verpflichtet. Zielstellung der Zusammenarbeit bestand in der Einsatzrichtung Operationsgebiet. In der Folgezeit erfolgte gemeinsam mit dem IM die Aufklärung verschiedener operativ interessanter Personen aus dem Operationsgebiet. Die M. selbst war bis 1976 als Reisekader im Operationsgebiet eingesetzt. Ab 1977 kam sie dann nicht mehr als Reisekader zum Einsatz. Bedingt durch ihre berufliche Tätigkeit wurde die Trefffähigkeit in größeren Zeitabständen durchgeführt. Die Zusammenarbeit beschränkte sich dann auf Abwehrberichterstattung und Stützpunktarbeit. Sie arbeiteten ehrlich und gewissenhaft, negative Momente wurden nicht bekannt. Hinweise auf eine Dekonspiration wurden nicht bekannt. Da die Einsatzmöglichkeiten beschränkt waren, wurde die Zusammenarbeit eingestellt und das Material gelangte am 26.10.83 zur Ablage.

Hinweis:
 - die M. und ihr Ehemann wurden der BV Rostock/Abt. XX zur weiteren inoffiziellen Zusammenarbeit angeboten, jedoch nicht übernommen

Kopie BStU
 4118

Anlage – Abschrift der ablegenden Diensteinheit
 Auskunft aus Archivmaterial

315c

[Quelle: BArch AIM 14994/83 B]

Die enge Zusammenarbeit zwischen MfS und DKQ funktionierte auch noch in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes, als alle Spuren verwischt werden sollten.

Am 04.11.1989 in der Zeit von 12.30 bis 14.00 Uhr führte Hauptmann Peltz, Abt. XX/8 ein Gespräch mit Dr. Möller in ihrem Dienstzimmer im DKQ. In dem Bericht von Hptm. Peltz heißt es:

Genn. Dr. Möller erklärte, daß sie trotz der angespannten und unübersichtlichen innenpolitischen Lage in der DDR zum Generalsekretär Gen. Krenz steht, jedoch die Parteiführung des Bezirkes Gen. Timm, Lange, Unverricht, Horstmann u. a. wegen ihrer Inkonsequenz und Untätigkeit ablehnt. Desweiteren brachte sie ihre Bestürzung zum Ausdruck, daß durch das MfS nicht konsequent gegen Provokateure vorgegangen wird und durch eine Stillhaltepolitik das Ansehen zusehens abgebaut wird. Die Provokationen bei den bisherigen Demonstrationen vor dem Haus des MfS in der Bebelstraße hält sie für bedenklich und Ausdruck der Schwäche. Sie erwartet, daß kurzfristig offensive Maßnahmen durch das MfS eingeleitet werden, um die Ordnung und Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten. Befragt, ob sie weiter bereit ist, das MfS aktiv zu unterstützen erklärte sie, daß sie dies tun wird, da sie aus der Erfahrung weiß, daß das MfS das einzige Organ in der DDR ist, welches den Fortschritt durchsetzt [...]

Im Ergebnis des Gesprächs werden folgende Verbindlichkeiten festgelegt.

- 1. Alle Unterlagen im DKQ, aus denen Rückschlüsse auf das MfS abgeleitet werden können, werden durch die Genn. Möller bis zum 6. 11. 89 vernichtet. Dies bezieht sich auf Nachweise bei ihr zu Kaderunterlagen, Ausweisen, Abdeckungen von Mitarbeitern des MfS.*
- 2. Alle noch im Besitz des MfS befindlichen Kaderakten aus dem Hochschulbereich werden bis 6.11.89 in das DKQ zurückgeführt. Die Verantwortliche in der Kaderregistratur Genn. [...] schätzte die Genn. Möller als absolut zuverlässig. Genn. Möller weist die Genn. [...] legendiert ein (MHF-Legende).*
- 3. Alle zukünftigen Kaderaktenanträge bzw. Beurteilungen gehen bis auf Widerruf über die Genn. Möller persönlich. Hierzu erfolgt in jedem Falle*

eine Abstimmung mit Gen. Hptm. Peltz. Kaderakten werden nur 1 Tag zur Einsichtnahme übergeben.

- 4. Kaderunterlagenausgaben an Schutz- und Sicherheitsorgane erfolgen nur noch nach Gesetz und Buchstaben. Durch Genn. Möller wird hierzu eine Konsultation mit der Kaderleitung des MHF durchgeführt.*
- 5. In Erwartung des ab 6.11.89 zur Diskussion stehenden Reisegesetzes wird durch Genn. Möller eine Modifizierung der Tätigkeitsbereiche von 2 Quellen des MfS erwogen. Durch Genn. Möller ist vorbereitet, dass beide Quellen umgehend auf andere Planstellen umgesetzt werden können. Diese Umsetzung erfolgt konspirativ und für die Außenwelt normal. Genn. Dr. Möller erwartet kurzfristig eine Antwort über das weitere Vorgehen mit den beiden Quellen.*
- 6. Hinsichtlich der Einsichtnahmen in Kaderunterlagen gab. Genn. Dr. Möller folgende Verfahrensweise an.
Einsichtnahme haben
 - Beauftragte des MHF*
 - Rektor, Prorektoren, Parteisekretär, AGL-Vorsitzender*
 - Sektionsdirektoren oder deren Beauftragte.**

Kontrollen bzw. Einsichtnahme durch Außenstehende werden nur gestattet, wenn gesetzliche Grundlagen angewandt werden (z.B. EV [Ermittlungsverfahren], staatsanwaltschaftliche Anordnung).

Ausgehend von dieser Situation wird vorgeschlagen, dass die Genn. Dr. M. als IMS geworben und zum IME qualifiziert wird.

Gez. Peltz

[Quellen: Hans-Joachim Memmler: Staatssicherheit in Rostock, Edition Deutschland Archiv, Bielefeld 1991, Transkription des handschriftlichen Berichtes von Hptm. Peltz; Karl Wockenfuß, Die Universität Rostock im Visier der Stasi, VERS 2004, S. 233]

Das DKQ erwies der Staatssicherheit weiterhin wertvolle Dienste. Als die Auflösung des MfS beschlossen war, wurden durch das DKQ zahlreiche ehemalige hauptamtliche MfS-Mitarbeiter konspirativ eingestellt und erhielten somit eine Stelle im öffentlichen Dienst. Beispielweise wurde der MfS-Hauptmann Börstinghaus, der noch Ende 1989 Leiter des Referates 3

der Abt. XX der MfS-Bezirksverwaltung Rostock war, im März 1990 in der Fernmeldeabteilung der Universität unter Anrechnung seiner Dienstzeit bei der Staatssicherheit eingestellt.

Nach Vorwürfen in der Rostocker Universitätszeitung verabschiedete sich Dr. Ingrid Möller als Kaderleiterin von der Universität mit einem Artikel in der Rostocker Universitätszeitung vom 07.12.1990. Darin heißt es:

„Ich war nie Mitarbeiter der Staatssicherheit [...] Auf der Grundlage von Verordnungen und Weisungen des Ministerrates und des MHF hatte ich die Zustimmung des MfS zu bestimmten Vorgängen einzuholen und für den Rektor aufzuarbeiten [...] Diese Verordnungen ließen einen gewissen Spielraum und ich habe mich immer bemüht diese im Interesse der Mitarbeiter der Universität zu nutzen und niemanden zu denunzieren. Heute frage ich mich jedoch, ob ich wirklich alle Möglichkeiten genutzt habe, ob es Situationen gab, gegen die ich hätte konsequenter auftreten müssen oder die Arbeit aus Protest aufgeben. Aber so weit ging meine Konsequenz eben auch nicht.“

Hier der vollständige RUZ-Artikel:



Leserpost

Noch ein Brief zu den Briefen des Neuen Forums und des Herrn Bulkowski

Lange habe ich überlegt, ob ich mich zu den in den Briefen und auch anderen Veröffentlichungen genannten Problemen noch einmal öffentlich äußern sollte. Ich habe nach dem Stil der Beiträge den Eindruck, daß es den Autoren nicht in erster Linie um eine sachliche Beantwortung der Fragen geht, sondern um undifferenzierte Verdächtigungen und Verurteilungen. Bestärkt werde ich in dieser Auffassung dadurch, daß von meinem Angebot in der RUZ Nr. 3 und 5/90, für Auskünfte zur Verfügung zu stehen, nur wenige Kollegen Gebrauch gemacht haben, die konkrete Fragen zur ihrer Einstellung, Bestätigung als Auslandskader oder Verbleib der Personalunterlagen hatten.

Ich glaube, daß ich in jedem Einzelfall eine befriedigende Antwort geben konnte.

Nun zu einer Frage des Neuen Forums:

Frau Doz. Dr. Steyer ist nach knapp 4jähriger Tätigkeit 1975! planmäßig aus dem damaligen Direktorat für Kader und Qualifizierung ausgeschieden, um an der Sektion Biologie wieder wissenschaftlich zu arbeiten.

Auf Antrag des Rektors wurde ich am 1. Juni 1975 vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen als Direktor für Kader und Qualifizierung eingesetzt. Ich war nie Mitarbeiter der Staatssicherheit. Im April 1990 habe ich dem Unabhängigen Untersuchungsausschuß meine Bereitschaft erklärt, mich überprüfen zu lassen, bisher ohne Antwort. Auf der Grundlage von Verordnungen und Weisungen des

Ministerrates und des MHF hatte ich die Zustimmung des MfS zu bestimmten Vorgängen einzuholen und für den Rektor vorzubereiten. Diese bezogen sich im wesentlichen auf

- Bestätigung von Auslands- und Reisekadern
- Verpflichtungen für Staatsgeheimnisträger
- Einsatz von Mitarbeitern, die einen Ausbürgerungsantrag gestellt hatten.

Diese Verordnungen ließen einen gewissen Spielraum und ich habe mich immer bemüht, diesen im Interesse der Mitarbeiter der Universität zu nutzen und niemanden denunziert. Heute frage ich mich jedoch, ob ich wirklich alle Möglichkeiten genutzt habe, ob es Situationen gab, gegen die ich hätte konsequenter auftreten müssen oder die Arbeit aus Protest aufgeben. Aber soweit ging meine Konsequenz eben auch nicht.

Dabei spielten verschiedene Gründe eine Rolle, wie sie Dr. Schmidt in seinem Brief in der RUZ 18/90 beschrieb.

Nun wurde auch meine Stelle zum 1. Januar 1991 ausgeschrieben. Obwohl ich meine Erfahrungen gern an verantwortlicher Stelle eingebracht hätte, auch um nachzuweisen, daß es mir mit der Durchsetzung des Demokratisierungsprozesses ernst ist, habe ich mich entschlossen, mich nicht um eine Dezernentenstelle zu bewerben. Nicht, weil ich mich wesentlich schuldiger fühlen muß, als sehr viele Bürger der ehem. DDR oder sowieso keine Chance habe, sondern weil der Rektor mehrfach nachdrücklich gefordert hat,

Platz für neue Leitungskräfte zu machen. Ich akzeptiere das für den Bereich, den ich zu verantworten hatte.

Aber mindestens zwei Gründe möchte ich noch nennen:

1. Seit 15 Jahren in dieser Funktion, habe ich die Entwicklung der heutigen Hochschullehrer und Leitungskräfte verfolgt und ich kann nicht begreifen, daß ein Teil von ihnen heute so tut, als habe er 40 Jahre nicht oder nur im Widerstand gelebt. Es fällt mir immer schwerer, ein solches Verhalten ohne Widerspruch hinzunehmen.

2. Ein Personalchef hat konsequent die Seite des Arbeitgebers zu vertreten. Ich hatte 15 Jahre u. a. die Aufgabe, auch jedem Asozialen eine Arbeit nachzuweisen und mit der neuen Situation in dieser Hinsicht werde ich nicht zurecht kommen. Die erforderlichen Kündigungen der Rentner z. B. haben mich nicht nur schlaflose Nächte gekostet. Der Rektor kennt diesen Standpunkt und hat ihn akzeptiert. Ich hoffe, daß die Universitätsleitung mir die Möglichkeit gibt, auf einem anderen Arbeitsplatz an der Universität wirksam zu werden.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kollegen bedanken, die auch in den komplizierten letzten Monaten dazu beitrugen, daß die Personalfragen ohne größere Turbulenzen bearbeitet werden konnten und mir Vertrauen entgegenbrachten.

Mein besonderer Dank und Respekt gilt in diesem Zusammenhang dem Prorektor Prof. Dr. Kiesow.

Dr. oec. Ingrid Möller

[Quelle: RUZ 20, 1990]

Auch im nächsten Jahr wurde diese Problematik in der Universitätszeitung diskutiert:

Warum schweigen Sie noch immer?

In gleicher Sorge um den Betriebsfrieden

Ich gehöre zu den Angehörigen der Universität, die mit Freude das Flugblatt des Personalrates „Erneuerung und Autonomie“ vom 14. 2. 1991 gelesen haben. Ich verstehe es sehr wohl, daß der Personalrat, dessen Mitglieder sich zur selbstlosen Vertretung der Interessen der Universitätsmitglieder berufen fühlen und diese auch konsequent wahrnehmen wollen, wegen der unbewältigten Vergangenheit an unserer Universität Sorgen hat. Seine diesbezügliche Ungeduld begründet m. E. die teilweise undifferenzierten Formulierungen über die bisherigen Erfolge oder Mißerfolge der Universitätsleitung im Zusammenhang mit der personellen Erneuerung der Universität. Ich glaube aber nicht, daß sich die Leitungsorgane unserer Universität, das a. o. Konzil, der Senat und das Rektorat, deshalb verleumdet und beleidigt fühlen, wie es Petra Wetzel meint (RUZ 4/91 - In Sorge um den Betriebsfrieden -). Und im weiteren glaube ich nicht, daß es notwendig ist, unserem Personalrat zu raten, sich über die bisher erzielten Ergebnisse der Erneuerung der Universität Kenntnis zu verschaffen, sich über Recht und Gesetz zu informieren, Menschlichkeit walten zu lassen und die eigene Objektivität, Souveränität und Integrität verlustlos zu festigen. Ich bin sicher, daß es nicht die Absicht des Personalrates ist, altes Unrecht durch neues Unrecht zu ersetzen und den Erneuerungsprozeß durch Haß und Rachegefühle bestimmen zu lassen. Aber ist Petra Wetzel wirklich so „blauäugig“, die innigen Kontakte des DKQ und des DIB zu den territorialen Behörden des ehemaligen MfS in Frage zu stellen? Anstatt über Rufmord zu reden und die Beschreitung des Rechtsweges durch die „Betroffenen“

in Aussicht zu stellen, hätte sie, als Leiterin der Arbeitsökonomie im Verwaltungsdirektorat der Medizinischen Fakultät und dadurch exzellente Kennerin der Personalveränderungen, die ausgezeichnete Möglichkeit gehabt, zu einem mit Name und Hausnummer genannten Vorwurf des Flugblattes (Verwaltungsleiter der Stasi in Waldeck, jetzt kommissarischer Verwaltungsleiter der Nervenklinik) umfassend Stellung zu nehmen. Bedauerlicherweise tat sie es nicht. Aber zurück zur Sache: Petra Wetzel verkennt die Situation völlig, indem sie den Grund der Gefährdung des Betriebsfriedens im Inhalt des Flugblattes des Personalrates sieht und nicht darin, daß die 165 inoffiziellen Mitarbeiter des Bereiches XX, des ehemaligen MfS und die unbekannt Anzahl der Führungsoffiziere, die an unserer Universität dieser Unrechtsorganisation erster Klasse gedient haben, noch immer unbekannt sind bzw. schweigen und sich zu ihrer Schuld, die größtenteils wahrscheinlich „nur“ moralisch ist und die nur in einigen Fällen arbeitsrechtliche Konsequenzen verursachen würde, noch immer nicht bekennen. Die Bewältigung der Vergangenheit ist weniger eine arbeitsrechtliche als vielmehr eine moralische Angelegenheit. Dabei darf keiner die Schwelle zu niedrig setzen. Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi gewesen zu sein bedeutet für mich, schuldig zu sein. Wenn dabei einem anderen Universitätsangehörigen Unrecht zugefügt wurde, ist die Schuld um so schlimmer. Nur das Bekennen der eigenen Schuld und das Verzeihen der Betroffenen hilft uns aus dem gegenwärtigen Teufelskreis heraus. Die einen haben zu reden, die anderen gegebenenfalls zu verzeihen. Beides sind schwere, aber

für uns alle notwendige Dinge. Nur die Reihenfolge ist determiniert. Und der zeitliche Abstand der beiden kann nicht vorgeschrieben werden. Deshalb frage ich nochmals, wie in der Überschrift: Warum schweigen Sie noch immer? Warum schweigen die 50 IM im Hochschulbereich, die 35 IM in der Medizinischen Fakultät und die etwa 60 IM unter den Studenten? Oder anders: Warum schweigen die 2 ehemaligen Prorektoren, die 8 ehemaligen Sektionsdirektoren, die 12 Professoren, die 13 Dozenten, 3 Oberassistenten, 16 wiss. Mitarbeiter, 20 wiss. Assistenten, 4 wiss. Sekretäre, 1 wiss. Bereichsleiter, 1 Lektor und 1 LHD sowie 4 Aspiranten? Warum erzählen uns z. B. die ehemaligen Rektoren, die verantwortlichen Leiter und Mitarbeiter des ehemaligen 1. Prorektors, des DKQ und des DIB, die größtenteils noch unter uns sind, nichts darüber, wie ihre Zusammenarbeit mit der Stasi ausgesehen hat, was sie melden oder überwachen oder kontrollieren mußten und wann? Was haben z. B. ihre Mitarbeiter hinter den Stahltüren der 3. Etage des Hauptgebäudes, in Einzelzimmern des Hauses Schwaansche Straße 2 getan? Wie wurden die konspirativen Wohnungen über die Universität bereitgestellt? Wie wurden die Wahlen kontrolliert, Druck auf die Wähler ausgeübt und eventuell das Wahlergebnis gefälscht? Welche Unterlagen, aus denen Rückschlüsse auf das MfS abgeleitet werden konnten waren gemäß einem Stasi-Protokoll über eine Zusammenkunft am 4. 11. 1989, also während der mächtigen Massendemonstrationen in Berlin, durch eine Genossin des DKQ zwischen dem 4. und 6. 11. 1989, also hauptsächlich am Wochenende, zu vernichten. Welche zwei

Quellen des MfS mußten nach Bekanntgabe des damals anstehenden Reisegesetzes „umgehend auf andere Planstellen“ umgesetzt werden, „konspirativ und für die Außenwelt normal“? Fragen über Fragen. Der Auslöser sind nicht nur die eigenen Erfahrungen, sondern vielmehr der Bericht des Unabhängigen Untersuchungsausschusses Rostock: „Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des MfS 2 (Rostock 1990, insbesondere ab Seite 122) und einige darin enthaltene Protokolle der Stasi-„Betreuer“ unserer Universität.

Der Personalrat stellt richtig fest, daß mit der personellen Erneuerung der Universität ihr Ruf zusammenhängt: „Soll den Absolventen einer derartig erneuerten Universität jede Chance auf dem Arbeitsmarkt genommen werden?“ (Zitat aus dem Flugblatt) Aber was passiert dann, wenn von den zukünftigen Studenten diese schlechte Chance schon vor dem Studium erkannt wird? Werden dann noch Studenten nach Rostock kommen? Eine Universität ohne Studenten? Ist es nur eine gänzlich pessimistische Vision? Tun wir alle gemeinsam alles dafür, daß es nur eine Vision bleibt!

Dr. Adam Sonnevend,
Dezernent für Planung

Anmerkung der Redaktion:
Wie wir erfahren, haben im Zuge der Evaluierung bereits viele ehemalige IM des ehemaligen MfS/AfNS aufgrund eines Senatsbeschlusses eine schriftliche Erklärung über ihre Tätigkeit abgegeben. Diese Erklärungen befinden sich aus Gründen des Datenschutzes im Rektorat unter Verschluss und gelangen im Zuge der Ehrenverfahren mit zur Auswertung.

[Quelle: Rostocker Universitätszeitung (RUZ) 6/1991, S. 8]

Antworten und auch Fragen an einen Besorgten

1. Auf welchen Gebieten eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit durch das DKQ zu erfolgen hatte, habe ich u. a. in der RUZ 20/1990 dargelegt, ebenso in einem Schreiben an den Personalrat vom Februar 1991. Warum wird also der Vorwurf des Schweigens erhoben?

2. In den Arbeitsbereichen über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung steht, daß am 4. November 1989 mit einer leitenden Genossin des DKQ verabredet wurde, Material zu vernichten. Woraus geht hervor, daß es sich um die Universität handelt? Der Bezirksverwaltung unterstanden zwei Universitäten und mehrere Hochschulen, deren Kaderdirektorate als DKQ geführt wurden. Mit mir hat zu diesem Zeitpunkt kein Gespräch stattgefunden, und andere leitende Genossinnen gab es in diesem Zusammenhang hier nicht.

3. Es gab aber mehrere Aufforderungen zur Vernichtung von Unterlagen. Da es nach meiner Kenntnis in meinem Bereich nur Material gab, das auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen angefertigt wurde, habe ich weder das Material, noch die gesetzlichen Bestimmungen vernichtet, um stets nachzuweisen, was auf welcher Grundlage erarbeitet wurde.

4. Anfang Dezember 1989 konnten

daher auch einer unerwartet erscheinenden Untersuchungskommission alle geforderten Unterlagen vorgelegt werden. Nach einer Prüfung wurden diese (Unterlagen abgelehnter Auslands- und Reisekader, Protokolle der Beratungs- und Kontrollgruppe des Rektors u. a.) durch die ebenfalls anwesende Staatsanwältin versiegelt. Sie liegen noch heute im Archiv des ehemaligen DKQ und können von Berechtigten eingesehen werden. Die anderen Unterlagen wurden dem Archiv der Universität übergeben, die gesetzlichen Bestimmungen werde ich über den Rektor der Ehrenkommission zur Verfügung stellen. Zu der Kommission, die die Prüfung und Versiegelung vornahm, gehörten Dr. Kilimann, jetzt Oberbürgermeister von Rostock, und Dr. Lucyga, Mitglied des Bundestages, u. a., deren Namen ich mir nicht gemerkt habe. Warum also die Unterstellung, im DKQ wäre beständendes Material vernichtet worden?

5. In zwei Einzelzimmern der Schwaanschen Straße 2 (Erdgeschoß und 3. Etage) haben Mitarbeiterinnen die Unterlagen für das Bestätigungsverfahren für Auslands- und Reisekader bearbeitet, die auf der Grundlage von Verordnungen des Ministerrates erforderlich waren. Das war seit Jahr und Tag allen staatlichen Leitern und

den Auslands- und Reisekadern bekannt. Die Anzahl dieser stieg von 1982 bis 1989 von über 200 auf fast 600. Aus diesem Grunde wäre es auch Unsinn gewesen, zwei Mitarbeiterinnen konspirativ umzusetzen. Mit der Aufhebung des Bestätigungsverfahrens im November 1989 war es selbstverständlich, daß die vier Kolleginnen, die sich damit befaßt hatten, aus dem DKQ ausscheiden. Drei wurden an der Universität umgesetzt, die letzte im Mai 1990, als die Archivierungsarbeiten abgeschlossen waren, eine Kollegin verließ die Universität. Eine Kollegin, die in den Bereich Medizin umgesetzt wurde, war im Dezember 1990 von einer Kommission der Medizinischen Fakultät zu einer Anhörung vorgeladen worden. Soweit mir bekannt wurde, gab es danach keinen Grund, irgendwelche disziplinarischen oder arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu ziehen. Diese und andere Fragen hätte Dr. Sonnevend längst beantwortet haben können, da wir 15 Jahre und 10 Monate in einem Gebäude gearbeitet haben (er übrigens auch in einem Einzelzimmer).

Rostock, den 6. April 1991

Dr. Ingrid Möller,

Bis 1. März 1991 Leiter Personalangelegenheiten, jetzt Mitarbeiterin in der Allgemeinen Verwaltung



Einladung zur Vorstandswahl

Am 24. April 1991 um 17.00 Uhr findet im großen Hörsaal des Fachbereiches Physik die

Wahl des Vorstandes

des ÖTV-Hochschulverbandes der Universität Rostock statt.

Alle Vertrauensleute der ÖTV der Universität werden gebeten, an der Veranstaltung teilzunehmen.

ÖTV-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Weitere Tagesordnungspunkte:

- Wahl von Vertretern für die Arbeit in den Landesfachgruppen,
- Bericht von der 1. wissenschaftspolitischen Arbeitstagung der ÖTV in Berlin-Wannsee,
- Bericht von der Beratung der Abteilung Kultusverwaltung und ihrer Einrichtungen beim Bundesvorstand der ÖTV in Stuttgart.

[Quelle: Rostocker Universitätszeitung (RUZ) 5/1991, S. 6]

Dr. Wolfgang Peters

14.05.2025